



An den Grossen Rat

25.5181.02

ED/P255181

Basel, 25. Juni 2025

Regierungsratsbeschluss vom 24. Juni 2025

Schriftliche Anfrage Sandra Bothe betreffend «Universitäts- und Wissenschaftsstandort Basel: Chancen und Verantwortung im Kontext der Entwicklungen in den USA»

Das Büro des Grossen Rates hat die nachstehende Schriftliche Anfrage Sandra Bothe dem Regierungsrat zur Beantwortung überwiesen:

«Die Universität Basel pflegt zahlreiche internationale Partnerschaften und Netzwerke, die auf wissenschaftlichen Austausch und institutionelle Zusammenarbeit ausgerichtet sind. Diese akademisch-institutionellen Beziehungen sind wertvoll - ersetzen jedoch nicht die systematische internationale Positionierung des Standorts Schweiz und insbesondere von Basel, wie sie durch nationale Akteure wie Swissuniversities, das SBFJ, Swissnex oder das EDA betrieben wird.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen in den USA - etwa Einschränkungen der Wissenschaftsfreiheit, der Diversität oder der akademischen Rahmenbedingungen - stellt sich die Frage, wie sich insbesondere auch Basel, als sicherer, offener, lehr- und forschungsfreundlicher Standort positionieren kann, um jenen Forschenden eine Perspektive zu bieten, die kurz- und langfristig nach stabilen Arbeits- und Forschungsvoraussetzungen suchen. Gerade junge talentierte akademische Fachpersonen, die das kreative Rückgrat der Forschung bilden, sind auf verlässliche Rahmenbedingungen angewiesen.

Welche Rolle kann dabei der Kanton Basel-Stadt als Trägerkanton der Universität Basel spielen? Und wie lassen sich nationale Strategien mit den lokalen Stärken unseres Standorts besser verknüpfen, um - vor dem Hintergrund der Entwicklungen in den USA - sowohl wissenschaftliche Solidarität zu zeigen als auch die internationale Sichtbarkeit Basels gezielt zu stärken? Angesichts dieser Herausforderungen ergeben sich für mich folgende konkreten Fragen:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat die aktuellen politischen Entwicklungen in den USA im Hinblick auf mögliche Auswirkungen für den Lehr- und Forschungsstandort Schweiz - und insbesondere für den Kanton Basel-Stadt? Welche Chancen sieht er für die Positionierung Basels als offener und diverser Universitäts- und Wissenschaftsstandort, und welche Risiken im Hinblick auf internationale Kooperationen und Förderstrukturen?
2. Welche nationalen Strategien bestehen, um hochqualifizierte Forschende aus dem Ausland - insbesondere aus den USA - für den Wissenschaftsstandort Schweiz zu gewinnen? Welche Rolle spielt dabei der Kanton Basel-Stadt, und wie tragen Universität und Kanton gemeinsam zur internationalen Positionierung Basels bei?
3. Wie beurteilt der Regierungsrat die Rolle internationaler Partnerschaften und Netzwerke der Universität Basel im Vergleich zu den nationalen Aktivitäten zur Standortpositionierung durch Akteure wie Swissuniversities, das SBFJ, Swissnex oder das EDA? Welche Synergien zwischen lokalen und nationalen Akteuren können gezielt gestärkt werden, um die Sichtbarkeit und Attraktivität des Forschungs- und Hochschulstandorts Basel nachhaltig zu erhöhen?

4. Welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat, Basel als Gaststandort für talentierte Wissenschaftler:innen aus USA sichtbar zu positionieren – etwa durch temporäre Programme, Fellowships oder projektbezogene Beteiligungen – und wie kann der Kanton dabei seine Rolle als Trägerkanton der Universität Basel aktiv wahrnehmen?
5. Wo sieht der Regierungsrat konkret Handlungsspielraum auf kantonaler Ebene, um bestehende Massnahmen zu verstärken oder neue Initiativen zu ergreifen, die Basel als forschungsfreundlichen und solidarischen Wissenschaftsstandort im internationalen Kontext – und mit Blick auf die USA – stärken?

Sandra Bothe»

Wir beantworten diese Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Ausgangslage

1.1 Akademisches und Forschungsumfeld

Die Trump-Administration hat seit Beginn ihrer zweiten Amtszeit am 20. Januar 2025 eine Reihe von einschneidenden Massnahmen gegenüber amerikanischen Universitäten und Forschungsinstitutionen ergriffen. Diese umfassen insbesondere die Abschaffung von Programmen zur Erhöhung der Chancengerechtigkeit («Diversity, Equity and Inclusion», DEI), die Einschränkung akademischer Freiheiten, Bedingungen für die Auszahlung von Grund- und die Kürzung von Fördermitteln.

Inzwischen herrscht an einigen US-amerikanischen Universitäten ein Klima der Unsicherheit und Instabilität vor. Länder mit einem stabilen politischen Umfeld, attraktiven Forschungsinstitutionen und grosszügigen Forschungsfördermitteln könnten mittel- und langfristig von einem «Brain Drain» aus den USA profitieren.

1.2 Entwicklungszusammenarbeit

Von den Entwicklungen im akademischen Umfeld, die im Fokus der Schriftlichen Anfrage stehen, zu unterscheiden sind die weitreichenden Folgen der Massnahmen durch die Trump-Administration im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit. Präsident Trump hat am Tag seines Amtsantritts die Aussetzung sämtlicher Entwicklungshilfe für 90 Tage verfügt. Aussenminister Rubio hat am 10. März 2025 bekanntgegeben, dass 83% der bestehenden internationalen Hilfsverträge gekündigt werden und die United States Agency for International Development (USAID) in das Aussenministerium eingegliedert werden sollten. Die Verfassungsmässigkeit dieser Massnahmen wird derzeit an diversen US-amerikanischen Gerichten überprüft.

Davon unabhängig hat das faktische Ende von USAID katastrophale Folgen für die globale Gesundheit. Viele der bisher jährlich mit rund 10 Mrd. US-Dollar von den USA unterstützten Programme gegen Malaria, HIV, Tuberkulose und vernachlässigte Tropenkrankheiten (z.B. Afrikanische Schlafkrankheit, Bilharziose, parasitäre Wurminfektionen und Tollwut), Familienplanungsprogramme und Programme zur Stärkung der Gesundheitssysteme im Globalen Süden stehen vor dem Aus. Millionen von Patienten und Patientinnen verlieren den Zugang zu Präventionskampagnen, Diagnose und Behandlung. Damit steigt auch das Risiko, dass sich Krankheiten wieder weiter ausbreiten. Allein für das Jahr 2025 rechnen Expertinnen und Experten mit bis zu 15 Millionen zusätzlichen Malariafällen und über 100'000 zusätzlichen Todesfällen.

Das Schweizerische Tropen- und Public Health-Institut (Swiss TPH) und seine Partnerinstitutionen sind direkt und strukturell von diesen Einschnitten betroffen. Dabei finden Kürzungen nicht nur in den USA statt. Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit des Bundes (DEZA) hat ihr Budget im Jahr 2025 um 110 Mio. Franken gekürzt und bis 2028 weitere Kürzungen in Höhe von

321 Mio. Franken angekündigt. Ähnliche Entwicklungen sind auch in anderen europäischen Ländern (z.B. Deutschland, England, Frankreich, Niederlande und Schweden) zu beobachten.

2. Zu den einzelnen Fragen

1. *Wie beurteilt der Regierungsrat die aktuellen politischen Entwicklungen in den USA im Hinblick auf mögliche Auswirkungen für den Lehr- und Forschungsstandort Schweiz - und insbesondere für den Kanton Basel-Stadt? Welche Chancen sieht er für die Positionierung Basels als offener und diverser Universitäts- und Wissenschaftsstandort, und welche Risiken im Hinblick auf internationale Kooperationen und Förderstrukturen?*

Wissenschaftsfreiheit ist ein zentraler Grundpfeiler demokratisch verfasster Gesellschaften. Der Regierungsrat ist deshalb besorgt über die Bedrohung akademischer Freiheiten, wie sie von der Trump-Administration in den USA durch diverse Massnahmen angekündigt wurde. Zahlreiche Universitäten und Organisationen haben Klage gegen die Executive Orders des Präsidenten eingereicht; sie werfen der Regierung verfassungswidrige Eingriffe vor.

Eine der Stärken des schweizerischen Hochschulsystems ist die politische Stabilität des Umfelds und die damit einhergehende Garantie von Grundrechten. Zu dieser Stabilität gehört auch, die vorgesehenen und demokratisch legitimierten Prozesse einzuhalten. Die strategische Ausrichtung und die Definition der Entwicklungsschwerpunkte der kantonal getragenen Hochschulen gehören nicht in den Kompetenzbereich des Regierungsrats, sondern sind Aufgaben der Steuerungsgremien der autonomen Hochschulen.

Die Universität Basel verzeichnet aktuell keine nachweisbare Zunahme von Anfragen von Forschenden aus den USA. Die bestehenden Projekte und Kooperationen mit US-amerikanischen Universitäten werden weitergeführt.

Das Swiss TPH, das sich wie die Universität Basel ebenfalls in bikantonaler Trägerschaft befindet, verspürt die Auswirkungen der faktischen Einstellung von USAID in der Entwicklungszusammenarbeit deutlich. Einige Projekte und Kooperationen, an denen das Swiss TPH oder seine Partnerinstitutionen beteiligt sind, müssen beendet werden; andere sind mit grossen Unsicherheiten und Risiken behaftet. Die Trägerbeiträge sind gemäss § 7 des Vertrags zwischen den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt über die gemeinsame Trägerschaft des Schweizerischen Tropen- und Public Health-Instituts vom 10. November 2015 ([SG 447.650](#)) auf Lehre und Forschung beschränkt. Diese Gelder werden nicht direkt für Projekte der Entwicklungszusammenarbeit gesprochen, sondern hauptsächlich, um die Wettbewerbsfähigkeit des Forschungs- und Innovationsstandorts Basel zu stärken.

In der Beratung des Gegenvorschlags zur kantonalen Volksinitiative «1% gegen globale Armut» für ein «Gesetz über die internationale Zusammenarbeit zwecks Armutsbekämpfung und Stärkung der nachhaltigen Entwicklung» hat der Grosse Rat am 14. Mai 2025 – dem globalen Trend entgegenwirkend – einen Ausbau der Entwicklungshilfe und internationalen Zusammenarbeit befürwortet. In der Debatte im Grossen Rat hat sich gezeigt, dass die Unterstützung von in der Region Basel angesiedelten Organisationen in diesem Themenbereich ein grosses politisches Anliegen ist.

2. *Welche nationalen Strategien bestehen, um hochqualifizierte Forschende aus dem Ausland – insbesondere aus den USA - für den Wissenschaftsstandort Schweiz zu gewinnen? Welche Rolle spielt dabei der Kanton Basel-Stadt, und wie tragen Universität und Kanton gemeinsam zur internationalen Positionierung Basels bei?*

Einige französische Universitäten haben Programme gegründet, um Forschende aus den USA gezielt anzuziehen. Auch in Deutschland hat eine Gruppe hochrangiger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dazu aufgerufen, aktiv Forschende aus den USA abzuwerben. Schweizer

Hochschulen haben auf eine entsprechende Anfrage, welche das SRF am 15. April 2025 publiziert hat, dahingegen einhellig geantwortet, dass sie sich vorderhand nicht aktiv positionieren wollen. Diese Zurückhaltung ist zum einen darin begründet, dass faktische Einschränkungen der Forschungstätigkeit in den USA zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abschliessend absehbar sind, und zum anderen damit, dass Schweizer Hochschulen mit ihren attraktiven Forschungsumgebungen und ihren hohen akademischen Standards bereits ein sehr gutes internationales Standing aufweisen.

Auch die Universität Basel beabsichtigt derzeit nicht, exzellente Forschende gezielt abzuwerben und sich diesbezüglich auf internationaler Ebene aktiv zu positionieren. Forschungsstellen an der Universität müssen in der Regel öffentlich und international ausgeschrieben werden. Selbstverständlich können sich auch Forschende aus den USA bewerben.

3. *Wie beurteilt der Regierungsrat die Rolle internationaler Partnerschaften und Netzwerke der Universität Basel im Vergleich zu den nationalen Aktivitäten zur Standortpositionierung durch Akteure wie Swissuniversities, das SBFI, Swissnex oder das EDA? Welche Synergien zwischen lokalen und nationalen Akteuren können gezielt gestärkt werden, um die Sichtbarkeit und Attraktivität des Forschungs- und Hochschulstandorts Basel nachhaltig zu erhöhen?*

Der Regierungsrat geht mit den Akteuren des BFI-Bereichs einig, dass der Schweizer Forschungsplatz international hervorragend positioniert und gut vernetzt ist. Beleg dafür ist unter anderem auch die stets gute und sehr gute Positionierung der Hochschulinstitutionen in internationalen Rankings. Unabhängig von den aktuellen Entwicklungen in den USA ist die Vernetzung und Positionierung des Bildungs- Forschungs- und Innovationsstandortes zentraler Bestandteil der internationalen Aktivitäten des kantonalen Standortmarketings. Im Jahr 2025 wird dies beispielsweise mittels Präsenzen in Boston und Seoul in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Basler Akteuren aus dem Hochschulbereich sowie der Schweizer Botschaft in Korea und dem swissnex in Boston umgesetzt.

Die Universität Basel erachtet es als wichtig, die internationale Zusammenarbeit mit Forschenden in den USA auf einer wissenschaftlichen Ebene aufrecht zu erhalten.

4. *Welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat, Basel als Gaststandort für talentierte Wissenschaftler:innen aus USA sichtbar zu positionieren – etwa durch temporäre Programme, Fellowships oder projektbezogene Beteiligungen – und wie kann der Kanton dabei seine Rolle als Trägerkanton der Universität Basel aktiv wahrnehmen?*

Die internationale Positionierung der Universität Basel und des Schweizer Hochschulsystems ist bereits heute gut. Sollte sich das Umfeld für akademische Forschung in den USA nachhaltig und längerfristig verschlechtern, könnte mittel- und langfristige Abwanderung von Spitzenforschenden aus den USA gerechnet werden.

5. *Wo sieht der Regierungsrat konkret Handlungsspielraum auf kantonaler Ebene, um bestehende Massnahmen zu verstärken oder neue Initiativen zu ergreifen, die Basel als forschungsfreundlichen und solidarischen Wissenschaftsstandort im internationalen Kontext – und mit Blick auf die USA – stärken?*

Die Region Basel ist – nicht zuletzt wegen ihrer hervorragenden Positionierung im Life Sciences-Bereich – als forschungsfreundlicher und innovativer Wissenschaftsstandort international bekannt. Die laufenden Aktivitäten im Rahmen der Partnerschaft mit Massachusetts mit Fokus auf den BFI-Bereich werden fortgesetzt. Zum gegebenen Zeitpunkt sieht der Regierungsrat darüber hinaus kei-

Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

nen konkreten Handlungsspielraum und auch keinen Bedarf für eine aktivere Positionierung. Wie auch bei der Antwort auf die Frage 4 erwähnt, sind die Entwicklungen aber aufmerksam zu beobachten und laufend zu bewerten. Schliesslich geht der Regierungsrat davon aus, dass das Basler Standortpaket positive Wirkungen auf den Forschungs- und Innovationsstandort Basel haben wird.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Conradin Cramer
Regierungspräsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin